

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 28. Oktober 1930

Was will Mussolini?

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Aussenpolitische Fanfaren sind das beliebte Mittel der Diktatoren, die eine Ablenkung von den inneren Zuständen ihres Landes benötigen. Die Weltwirtschaftskrise, die sogar festgefügte Staaten beunruhigt, macht sich auch in Italien besonders schlimm bemerkbar, wo das Ventil der Meinungsfreiheit verschlossen ist und wo die Arbeiterklasse ihrer Rechte beraubt wurde und nur eine Karikatur von sozialem Schutz genießt. Dort rüttelt die Wirtschaftskrise, deren ernstesten Charakter sogar Mussolini kürzlich zugeben musste, an die Grundlagen des faschistischen Regimes.

Das wäre also eine Erklärung für die neue aussenpolitische Provokation, die sich der italienische Diktator vor den versammelten Führern der faschistischen Partei am Montag geleistet hat. Aber diese Erklärung genügt nur zum Teil, um diesen unerwarteten Vorstoss zu begründen. Nach den aggressiven Reden im Mai und Juni, die er in Livorno, in Mailand und in Florenz gegen Frankreich gehalten hatte, hielt sich Mussolini auffallend zurück. Er liess sogar seinen Aussenminister Grandi durch versöhnliche und friedlichere Wendungen den gefährlichen Eindruck seiner eigenen Reden korrigieren. Plötzlich wiederholt er aber seine damaligen Ausführungen in einer so prononzierten Form, dass man die Frage nach dem Anlass und dem Zweck dieser neuen Herausforderung aufwerfen muss.

Sind etwa die Anleiheverhandlungen, die Italien in Paris neuerdings geführt hat, gescheitert? Die französische Regierung schien durchaus nicht abgeneigt, Italien finanziell unter die Arme zu greifen, um der befürchteten deutsch-italienischen Annäherung zuvorzukommen. Freilich hat die französische Linke eine so starke Opposition gegen diese Absicht entwickelt, dass die Aussichten dieses geplanten finanz-politischen Geschäfts immer geringer wurden. Es wäre Selbstmord, so mahnten die demokratischen Kreise in Paris, Geld einem Staat zu leihen, der es zur Vermehrung seiner Rüstungen gegen Frankreich verwenden würde. Durch seine neue Rede hat Mussolini jedenfalls diesen Warnern recht gegeben und seine Anleiheaussichten, falls sie überhaupt noch bestanden, endgültig zerstört.

Ein anderer Grund, der Mussolini zu seiner Kampffanfare verleitet haben könnte, ist der unerwartet grosse Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten in Deutschland und die Bildung einer faschistischen Regierung in Oesterreich. Darauf lässt sein überraschendes Bekenntnis schliessen, dass der Faschismus doch ein "Exportartikel" sei, während er jahrelang genau das Gegenteil versichert hatte. Solange nämlich der italienische Faschismus in der Welt ziemlich isoliert war, legte Mussolini Wert darauf, sich von seinen ausländischen Nachahmern zu distanzieren, lehnte er insbesondere jede Verantwortung für das Treiben Hitlers ab. (Obwohl er zweifellos die Hitler-Partei unter der Hand mit allen Mitteln unterstützte.) Nach dem 14. September aber meint der "Duce", dass er sich seiner deutschen Karikatur nicht mehr zu schämen braucht. Er hat den

überraschenden Wahlerfolg der Hakenkreuzler in einem Artikel des faschistischen Amtsblattes jubelnd begrüsst, der zwar anonym erschienen ist, dessen Urheberschaft er aber nicht abgeleugnet hat. Der deutsche Faschismus ist in seiner Rechnung gegen Frankreich ein ernster Faktor geworden. Man kann Paris jetzt leichter einschüchtern, indem man das Gespenst einer militärischen Allianz zwischen Deutschland und Italien an die Wand malt. Und man kann ausserdem dem deutschen Nationalismus gegen die eigene Regierung den Rücken stärken, indem man die Propaganda für die Revision der Verträge in verschärfter Tonart wieder aufnimmt.

Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, dass Mussolini seine Rede in dieser Form nicht zuletzt im Hinblick auf die Mittwoch-Sitzung des deutschen Auswärtigen Ausschusses gehalten hat. Seine Vertrauensmänner in Deutschland werden ihn über den Verlauf der ersten geheimen Sitzung dieses Ausschuss vor zehn Tagen unterrichtet haben, abgesehen davon, dass die Hugenberg-Presse durch einen schweren Vertrauensbruch über den Aufrüstungsvorstoss des Generals a.D. von Seeckt bereits öffentlich berichtet hat. Mussolinis scharfe Worte gegen das auch in Genf hochgehaltene Dogma der Unterscheidung zwischen den schrankenlos rüstenden Siegern und den waffenlosen Besiegten sind natürlich Wasser auf die Mühlen der deutschen Nationalisten und erschweren die Abwehr törichter Anträge durch die Reichsregierung.

Die neue Offensive Mussolinis ist nämlich deshalb besonders gefährlich, weil vieles von dem, was er sagt, im Grunde durchaus richtig ist. Nur ist es nicht ehrlich gemeint, sondern es dient ausschliesslich den italienischen imperialistischen Zielen. Deutschland ist lediglich ein Trumpf in seinem Spiel gegen Frankreich. Freilich wird aber dieses Spiel erleichtert durch den kürzsichtigen Starrsinn, mit dem Frankreich und seine östlichen Bundesgenossen bisher an dem Dogma der Unantastbarkeit der Verträge festgehalten haben. Frankreich muss endlich erkennen, dass selbst das demokratischste, friedlichste Deutschland auf die Dauer den Lockrufen Mussolinis schwer wird widerstehen können, wenn die hauptsächlichsten Nutzniesser der Friedensverträge sich gegen den Ruf nach Revision taub stellen. Das Argument - oder der Vorwand -, dass man dem deutschen Nationalismus keine Konzessionen machen dürfe, ist gefährlich und verfehlt: denn gerade diese negative Haltung nützt Mussolini geschickt aus zur Stärkung des deutschen Nationalismus auf Kosten der Teile des Volkes, die eine friedliche Entwicklung auf der Grundlage eines freundschaftlichen Einvernehmens mit Frankreich wünschen.

Mussolini hat in seiner Polemik gegen Frankreich zu einem ungewöhnlichen Mittel gegriffen: er hat die Berichte der italienischen Spionage über die militärischen Rüstungen Frankreichs an der Alpengrenze verlesen. Nun, es wäre wohl ein Leichtes für den französischen Ministerpräsidenten, entsprechende Berichte seiner eigenen Spione über die ungeheueren militärischen Massnahmen Italiens, vor allem in der Umgebung von Turin, vorzutragen. Sicher ist, dass an dieser Grenze beiderseits in einem Ausmass gerüstet wird, das auf die schlimmsten Ereignisse schliessen lässt. Wenn nun darüber hinaus die Völker hoch mit provokatorischen Reden aufgepeitscht werden, so wird die Kriegsgefahr beträchtlich erhöht, zumal in einer Periode der allgemeinen Nervosität, wie sie die Weltwirtschaftskrise erzeugt hat. Demgegenüber muss die deutsche Regierung doppelt vorsichtig sein: so sehr sie die allgemeine Haltung Frankreichs, Polens und der Kleinen Entente in der Frage der Vertragsrevision und der Abrüstung beklagt und verurteilt, so wenig darf sie sich zu einer Politik verleiten lassen, die Deutschland zum Sturmbock Italiens gegen Frankreich machen würde.

SPD. Am 28. Oktober fand in Berlin unter dem Vorsitz des Justizministers Dr. Schmidt eine Besprechung mit den Präsidenten der Preussischen Strafvollzugsämter statt. Gegenstand der Beratung waren insbesondere organisatorische Massnahmen, die eine Verbesserung des Strafvollzugs und gleichzeitig durch Zusammenfassung von Behörden und bessere Ausnutzung der Gefangenenanstalten eine Verringerung der Ausgaben herbeiführen sollen. So wurde der Plan erörtert, die Strafvollzugsverwaltung der kleineren Oberlandesgerichtsbezirke, in denen bisher die Generalstaatsanwälte gleichzeitig Präsidenten der Strafvollzugsämter sind, den grösseren Bezirken anzugliedern und den hauptamtlichen Präsidenten dieser Bezirke zu übertragen. Man verspricht sich hiervon neben einer Verringerung der Beamtenschaft eine intensivere Bearbeitung der Angelegenheiten durch die lediglich mit Strafvollzugssachen befassten Behörden.

Weiter wird geplant, die vor einem Jahr im Kammergerichtsbezirk versuchsweise eingeführten neuen Bestimmungen über den Strafvollzug in Stufen auf ganz Preussen auszudehnen und hierbei eine neue Einteilung der Gefangenenanstalten vorzunehmen. Der Plan ist so gedacht, dass die neueren und guten Anstalten soweit als möglich ausgenutzt und dafür ältere Anstalten entbehrlich gemacht werden. Auch hierdurch würden zugleich mit einer Verbesserung des Vollzuges wesentliche Einschränkungen der Ausgaben erreicht werden.

Auf dem Gebiete des Arbeitswesens wird eine Bekämpfung der Arbeitsnot angestrebt, unter der auch die Strafanstalten heute zu leiden haben. Dies soll u.a. durch Erweiterung der staatseigenen Betriebe, die für öffentliche Behörden arbeiten, erreicht werden; auch Massnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe bei den Gefangenenanstalten wurden erörtert.

Schliesslich kamen noch Massnahmen gegen die Entweichungen aus den Anstalten und Pläne für eine bessere Auswahl und Fortbildung der Strafvollzugsbeamten zur Sprache.

SPD. Kopenhagen, 28. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Sozialminister legte dem Folketing am Dienstag einen Sozialreformentwurf vor, der alle bisher geltenden 55 Sozialgesetze in vier Hauptgesetze zusammengefasst und zwar: 1) Erwerbslosenversicherung, 2) Unfallversicherung, 3) Volksversicherung, umfassend Alters, Kranken- und Invalidenversicherung und 4) Öffentliche Fürsorge. In den Versicherungsgesetzen werden die Beiträge des Staates und der Arbeitgeber zugunsten der Versicherten erhöht. Das Fürsorgegesetz dehnt die Hilfeleistung auf alle Bedürftigen aus, nur bei selbstverschuldeter Bedürftigkeit wie Arbeitsverweigerung, Trunksucht und grober Versäumnis der Versorgerpflicht tritt Verlust des Wahlrechts ein. Durch die Vereinheitlichung der Verwaltung werden hohe Summen gespart. Die sozialen Ausgaben der Kommunen sinken von 91 auf 77 Millionen Kronen, die des Staates steigen von 74 auf 101 Millionen Kronen und die der Arbeitgeber von 14 auf 16,5 Millionen Kronen.

SPD. Ein Inserat in der "Kölnischen Zeitung" sucht Herren zum Vertrieb des vaterländischen Prachtwerks "S.O.S. die See, Deutschlands See - und Kolonialgeltungen in Vergangenheit und Zukunft". Nur Herren, die vaterländische und ähnliche Prachtwerke an Schulen und private Kreise vertrieben haben, sollen sich melden. Hier erfährt man wieder einmal, dass die Schulen der Republik als Schuttablagestellen für den vaterländischen Schund angesehen werden, und dass auf Staats- und Gemeindegeldern die nationalistische Propaganda unterstützt wird.

SPD. Warschau, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf Anordnung der Regierung sind inzwischen noch mehr Wahllisten der Oppositionsparteien annulliert worden und zwar neuerdings in einer Reihe von Bezirken, in denen die Anhänger der Opposition besonders stark vertreten sind. Ausserdem lässt die Regierung einen Spitzenkandidaten der Opposition nach dem anderen verhaften.

SPD. Paris, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die neue Hetzrede Mussolinis scheint die künstlich gepflegte Langmut Frankreichs erschöpft zu haben. In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Ministerpräsident Tardieu beabsichtige die aussenpolitische Debatte in der Kammer zum Beginn der Herbsttagung dazu zu benutzen, um Mussolini die notwendige Antwort zu erteilen. Selbst die sonst mit dem Faschismus stark liebäugelnde Rechtspresse ist jetzt entrüstet. So erklärt das "Echo de Paris", dessen Aussenpolitiker Pertinax bisher immer die Versöhnung zwischen den beiden lateinischen Schwesternationen gepredigt hat, dass sich ein "wahrer Abgrund" zwischen Rom und Paris aufgetan habe, den selbst die geschickteste Diplomatie nicht ohne weiteres überbrücken könne. Trotzdem ist man aber gerade im Lager der Rechten bereit, Mussolini mildernde Umstände zuzubilligen, weil die von ihm bei den Pariser Grossbanken erbetene Kredithilfe an dem Veto der französischen Regierung gescheitert ist.

Im Lager der Linken befürchtet man vor allem die möglichen Rückwirkungen, die die Hetze Mussolinis bei seinen Anbetern in den nationalistischen Kreisen Deutschlands haben könne. Man ist besorgt, dass die Hitler, Hugenberg und Stahlhelm-Leute jetzt wieder Mut schöpfen und in dem Wahne einer Unterstützung Mussolinis zu neuen Taten schreiten könnten. Die bürgerlichen Linksblätter beschränken sich dieser Gefahr gegenüber meistens auf den Ausdruck der Hoffnung, dass es der SPD und den übrigen Republikanern Deutschlands auch diesmal wieder gelingen werde, der nationalistischen Welle einen Damm entgegenzusetzen. Nur die radikale "Republique" Daladiers hat den Mut zu erklären, dass Frankreichs allzu konservative Aussenpolitik an der Hochflut des Faschismus eine starke Mitschuld trage, und dass daher Frankreich die Initiative ergreifen müsse, um dieser Gefahr zu begegnen. Vor allem müsse sich Frankreich an die Spitze der Bewegung für die Abrüstung und für die Revision der unhaltbar gewordenen Friedensverträge stellen, wenn es der faschistischen Hetze den Wind aus den Segeln nehmen wolle.

SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die sich mit Fragen der Agitation beschäftigte. Die Vertreter aus den Bezirken berichteten übereinstimmend, dass unter den Parteigenossen die beste Kampfesstimmung herrscht. Nach der Reichstagswahl ist keine Müdigkeit eingetreten, die Massen im Reiche drängen im Gegenteil nach vermehrter Aktivität. Die Versammlungen der Sozialdemokratie erfreuen sich eines überaus starken Zuspruches, von überall wird die lebhafteste Teilnahme an den Arbeiten der Organisation gemeldet. Trotz der grossen Arbeitslosigkeit hat die Partei dauernd an Mitgliedern zugenommen.

Es herrschte im Parteiausschuss Uebereinstimmung darüber, dass die Partei jetzt die Aufgabe hat, die nationalsozialistische Demagogie zurückzuweisen und die gesamte Öffentlichkeit über die Gefahr des Faschismus für das deutsche Volk aufzuklären. Die Beratungen des Parteiausschusses haben den Beweis erbracht, dass die Sozialdemokratie bis auf den letzten Mann für die kommenden Kämpfe gerüstet ist.

Der Genosse Wels schloss die Verhandlungen des Parteiausschusses mit einer

begeistert aufgenommenen Ansprache.

Der Parteiausschuss stimmte ferner einer Vereinbarung zu, nach der die Angestellten der Arbeiterorganisationen ein monatliches Notopfer leisten, damit arbeitslosen Genossen im kommenden Winter eine Beihilfe gegeben werden kann.

SPD. Paris, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem am Dienstag abgehaltenen Ministerrat, an dem Aussenminister Briand noch nicht teilnehmen konnte, hat der Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, eingehend Bericht über die Bergwerkskatastrophe von Maybach erstattet. Über das Resultat der eingeleiteten Untersuchung konnte er allerdings keinen Aufschluss geben, da die Aufräumungsarbeiten noch nicht beendet sind. Der Minister, der im Laufe der Aussprache noch ausdrücklich die Zusicherung von der materiellen Entschädigung an die betroffenen Familien abgab, wird am Donnerstag im Namen der französischen Regierung an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen.

SPD. Paris, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Einen schweren Raubüberfall nach bekanntem Wildwest-Muster führten auf dem Wege von Marseille nach dem Hafen von Berre vier maskierte Banditen auf ein Geldtransportauto des Credit Lyonnais aus. Sie bedienten sich dazu eines Privatautomobils, in dem sie langsam auf der Landstrasse einherfuhren, bis das Auto des Credit Lyonnais sie auf einige Meter eingeholt hatte. In diesem Augenblick stellten sie den Wagen quer auf die Strasse und verbarrikierten dem Bankauto den Weg. Die vier maskierten Banditen zerschossen sofort sämtliche Pneus und die Wände des Autos. Während zwei von ihnen mit dem Revolver das Begleitpersonal des Geldtransportes in Schach hielten, raubten die anderen zwei die Geldsäcke. Nach getaner Arbeit stiegen die vier in ihr Privatauto und fuhren ungehindert davon.

SPD. Köln, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Heute wurde die Tagung der beiden vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale gewählten Kommissionen zur Beratung der Arbeitslosenfrage fortgesetzt. Morgen treten die Vorstände der beiden Internationalen zusammen. Über die Verhandlungen wird nur eine offizielle Mitteilung veröffentlicht werden.

SPD. Paris, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Abwesenheit seiner Eltern nahm ein zehnjähriger Knabe in Tours das väterliche Jagdgewehr, lud es und schoss seine vierjährige Schwester nieder. Das Kind war sofort tot.

SPD. Köln, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Westdeutschen Waggonfabrik, wo es infolge rigorosen Lohnabbaues gestern zu einem Teilstreik gekommen ist, sind heute sämtliche Arbeiter der Arbeit ferngeblieben. Wie uns weiter mitgeteilt wird, bestehen auch bei der Deutzer Motorenfabrik ähnliche Differenzen derselben Art. Auch dort will man die Löhne abbauen und zwar pro Stunde um 17 bzw. 20 Pfennige. Der Arbeiterrat ist bereits in Verhandlungen eingetreten.

SPD. Stuttgart, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die süddeutsche "Arbeiterzeitung", das Organ der Stuttgarter Kommunisten, berichtete am Dienstag in grosser Aufmachung über einen angeblichen Erlass der württembergischen Regierung, nach welchem die Gemeinden angehalten worden seien Zwangsarbeit einzuführen. Erwerbslose Jugendliche unter 21 Jahren sowie Arbeiter, die in der Krisenfürsorge stehen, sollen nach diesem angeblichen Erlass zur Zwangsarbeit zu einem Stundenlohn von 20 Pfennigen angehalten werden können. Diese Meldung ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, in jeder Beziehung frei erfunden. Irgend eine besondere Verfügung der württembergischen Behörden ist überhaupt nicht ergangen.

SPD. Köln, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Bereiche der Kölner Reichsbahndirektion sind die Beamtenbetriebsrats-wahlen abgeschlossen worden. Von 20 299 Wahlberechtigten haben 17 207, das sind 87 % gewählt. Erhalten haben die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und die technischen Beamten 5 069 Stimmen, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner christlicher Richtung 4 482, der Zentralverband der Reichsbahnbeamten 5 267, der Einheitsverband, freigewerkschaftliche Richtung 2 031 und die Nationalsozialisten 656 Stimmen.

SPD. Aachen, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands Ortsverwaltung Aachen hat an die Staatsanwaltschaft ein Schreiben gerichtet, in dem darum gebeten wird, die angestellten Zeugenvernehmungen nicht nur auf die sich in den Krankenhäusern befindlichen Verletzten zu beschränken, sondern in erster Linie unter ihrem Eid die Mitglieder der Direktion, der Werks- und Betriebsleitung, der verschiedensten Steiger, ferner die sonstigen Aufsichtspersonen unter und über Tage sowie alle die Personen zu vernehmen, die eventuell auf die nachfolgenden Fragen Antwort geben können, insbesondere die Mitglieder des Betriebs- und Arbeiterrats. Die Fragen sind folgende :

1) Befand sich am oder in der Nähe des Unglücksschachtes über Tage oder im Verwaltungsgebäude ein Raum, in dem Sprengstoff, wenn auch nur vorübergehend, aufbewahrt worden ist ?

2) Sind Kurzschlüsse mit Funken- oder Lichtbogenerscheinungen an den elektrischen Licht- und Kraftstromleitungen, an den Verbindungen, Schaltern oder anderen Stellen beobachtet worden? Wenn ja, wurde der Bergbehörde Meldung erstattet ?

3) Sind Brände der Benzollokomotiven beobachtet worden? Wenn ja, wie oft? In welchem Umfange? Wie wurden diese gelöscht? Wurde der Bergbehörde Meldung erstattet ?

4) Ist über Tage an verbotenen Stellen mit Schweissapparaten und Schneidbrennern gearbeitet worden ?

5) Ist in der Nähe des Schachtes oder im Schachte oder in der Grube mit Schweissapparaten und Schneidbrennern gearbeitet worden ?

Im Wurmrevier sind im Anschluss an das Alsdorfer Unglück wilde Streiks ausgebrochen, die von den Kommunisten veranlasst worden sind. Sowohl die freien Gewerkschaften als auch die christlichen Gewerkschaften lehnen die Beteiligung an diesen Aktionen ab, die nicht gewerkschaftlichen Charakter tragen, sondern allein dem kommunistischen Agitationsbedürfnis dienen. Die Streiks sind ein Fehlschlag. Auf den hauptsächlich betroffenen Gruben Karolus Magnus und Karl Alexander sind 85 % der Belegschaft eingefahren. Auf der Grube Karolus Magnus kam es zu Zusammenstössen zwischen Streikenden und der Polizei. Dabei griff ein Demonstrant nach der Pistole eines Polizisten und versuchte, sie ihm zu

entreissen. Bei dem Hin- und Herzerren der Waffe entlud sich diese und der Schuss traf von der Wand abprallend einen anderen Bergmann in den Unterleib. Der Mann wurde sofort dem Knappschaftskrankenhaus zugeführt. Die Verletzung ist nicht lebensgefährlich.

In Alsdorf wurde am Montag noch ein Steiger tot zu Tage gefördert. Zwei Verletzte sind im Krankenhaus gestorben, sodass die Zahl der Opfer jetzt 265 beträgt.

SPD. Der Reichskanzler hat an das deutsche Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets 4000 Reichsmark zur Linderung der ersten Not der von der furchtbaren Katastrophe auf der Maybach-Grube Betroffenen überweisen lassen. Reichsminister Dr. Curtius hat dem Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Sir Ernest Wilton für die anlässlich der Grubenkatastrophe in Alsdorf im Namen der Regierungskommission bewiesene Teilnahme und die zur Linderung der Not zur Verfügung gestellte Spende den Dank der Reichsregierung telegraphisch ausgesprochen.

SPD. Köln, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im März dieses Jahres wurde in Köln eine Frau auf der Strasse überfallen und beraubt. Zwei junge Leute wurden unter dem Verdacht der Täterschaft in Untersuchungshaft genommen, später aber freigesprochen. In der Begründung des Urteils wurde gesagt, es liesse sich zwar den Verdächtigten nicht ganz die Tat beweisen, aber es bleibe ein starker Verdacht gegen sie bestehen. Ein Entschädigungsanspruch für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft wurde von dem Gericht abgelehnt. Jetzt sind nun die zwei wirklichen Täter festgestellt und verhaftet worden. Sie haben ihre Tat bereits eingestanden, sodass die Unschuld der ersten beiden verhafteten jungen Leute nunmehr tatsächlich feststeht

SPD. Die polizeilichen Ermittlungen über die Behauptung der "Deutschen Zeitung", wonach an den Demonstrationen in der Leipzigerstrasse in Berlin am Tage der Reichstagseröffnung Angehörige der Polnischen Gesandtschaft oder des Polnischen Konsulats teilgenommen hätten, sind jetzt abgeschlossen. Sie haben ein vollkommen negatives Ergebnis gehabt.

SPD. Der 7. Deutsche Bauhüttentag wurde gestern zuende geführt. Nach Schluss der Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung zur Beschaffung von Arbeit angenommen:

"Anlässlich der schweren Wirtschaftskrise und der katastrophalen Lage auf dem Bauplatz richtet der 7. Deutsche Bauhüttentag an die deutschen Gewerkschaften und die befreundeten Wirtschaftsunternehmungen die Bitte, die sozialen Baubetriebe bei der Beschaffung von Arbeit tatkräftig zu unterstützen und insbesondere zur Durchführung ihrer eigenen Bauaufträge die sozialen Baubetriebe heranzuziehen."

Zur Behebung der Wirtschaftskrise wurde folgende Entschliessung angenommen:

"Der 7. Deutsche Bauhüttentag sieht in der heutigen Massenarbeitslosigkeit eine Gefahr für Volk, Wirtschaft und Staat. Der Bauhütten tag hält deshalb die Beschaffung produktiver Arbeit für die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Körperschaften in der nächsten Zeit. Bei Durchführung des Programms der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft würde der Wohnungsbau um mehr

als die Hälfte gedrosselt und die Massenarbeitslosigkeit weiter verstärkt. Durch eine normale Beschäftigung des Baugewerbes würde auch den Baustoffindustrien sowie den Nebengewerben und der Urproduktion von Holz, Kohle und Eisen Arbeit zugeführt. Ohne ein normal beschäftigtes Baugewerbe gibt es keine blühende Volkswirtschaft.

Der 7. Deutsche Bauhüttenstag erwartet deshalb von Reich, Ländern und Gemeinden eine stärkere Belegung der Bautätigkeit als sie in dem Programm der Reichsregierung vorgesehen ist. Er warnt gleichzeitig, dem Wohnungsbau weitere Mittel aus dem Hauszinssteueraufkommen zu entziehen.

Ebenso warnt der Bauhüttenstag vor der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, bevor nicht die Wohnungsnot auch für die minderbemittelte Bevölkerung restlos beseitigt ist."

Weiter nahm der Bauhüttenstag eine Entschliessung an, durch die die sozialen Baubetriebe, soweit sie die wirtschaftliche Betriebsführung noch nicht eingeführt haben, verpflichtet werden, mit ihrer Einführung sofort zu beginnen.

In seiner Schlussansprache bezeichnete Bernhard es als Pflicht eines jeden einzelnen Gewerkschafters, die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe tatkräftig zu fördern.

SPD. In Hamburg fand dieser Tage eine Reichskonferenz der im Gesamtverband organisierten freigewerkschaftlichen Handels- und Verkehrsarbeiter statt. Der Aufbau der neuen Reichsabteilung C ist, wie aus dem Bericht des Abteilungsvorsitzenden Reitz-Berlin hervorging, so gut wie abgeschlossen. Die Konferenz nahm eingehend Stellung zu den Fragen der Arbeitszeit, Arbeitsbereitschaft, Ladenschluss und Sonntagsruhe. Ihre Forderungen wurden in einer einstimmig angenommenen Entschliessung festgelegt. Sie lauten im wesentlichen: Als Arbeitszeit hat die Zeit zu gelten, in der der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zur Verfügung steht. Es ist ein allgemeines Verbot der Ueberzeitarbeit zu erlassen. Die Arbeitszeit des Fahrpersonals darf in keinem Fall 8 Stunden täglich, bzw. 48 Stunden in der Woche überschreiten. Der Ladenschluss ist auf 18 Uhr festzusetzen, ebenso der Post- und Bahnschluss; an den Vortagen der Sonn- und Feiertage sind diese Schlusszeiten auf 17 Uhr festzulegen. Das Ausfahren und Austragen von Waren nach Geschäftsschluss ist zu verbieten. Für das Handelsgewerbe ist die vollständige Sonntagsruhe vorzuschreiben. Für die jugendliche Arbeitskraft bis zum 18. Lebensjahr muss ein weitgehender Schutz gesetzlich gesichert werden, Nachtarbeit ist für jugendliche und weibliche Arbeitskräfte zu untersagen. Ausnahmebestimmungen für das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe sind nicht zuzulassen. Mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise ist allgemein die 40-stündige Arbeitswoche einzuführen.

Die Haltung der Gewerkschaften im Reichstagswahlkampf wurde von der Konferenz gebilligt.

SPD. London, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ungezählte Menschenmassen umsäumten am Dienstag um die Mittagsstunde die Strassen, als der König unter Entfaltung eines ungewöhnlichen Pompes in der goldenen Staatskarosse, die von acht Pferden gezogen wurde, nach Westminster fuhr, zur Eröffnung der neuen Parlamentssession. Nachdem sich der gesamte Hofstaat, die Lords, die inländischen und ausländischen Würdenträger und die Ministerpräsidenten der Dominien in dem buntesten und glänzenden Oberhaus versammelt hatten und zum Schluss der Hof selbst eingetroffen war, mussten sich die Würdenträger zum verschlossenen Tor des Unterhauses begeben, wo die Abgeordneten und die Regierungen tagten. Dreimal forderten nach altem revolutionären Brauch die Abgesandten der Krone vor der verschlossenen Tür Einlass, um dann, als sie geöffnet wurde, zu verkünden, der König bitte die Regierung

und die Abgeordneten zur Entgegennahme einer Botschaft. Erst hierauf begaben sich MacDonald und Baldwin, der Führer der Opposition, zum Oberhaus, begleitet vom Präsidenten des Unterhauses und den Mitgliedern des Kabinettes. Diese waren zum grössten Teil im gewöhnlichen Strassenanzug erschienen und einige Minister der Arbeiterregierung trugen rote Nelken im Knopfloch. So traten sie in den von mittelalterlicher Pracht erfüllten Thronsaal, wo der König und die Königin sassen und warteten, geschmückt mit Krone und Hermelin und umgeben von den Pagen und gesamten Würdenträgern. Erst als die Regierung eingetreten war, konnte sich der König erheben um die Thronrede zu verlesen. Es ist ein überwältigendes Symbol für die Macht des Volkes und der englischen Demokratie, ein Symbol, das diesmal doppelt unterstrichen wurde, als der König zum ersten Mal vor einer Arbeiterregierung stand, die diese Thronrede verfasst und in ihr ihren Willen und ihre Macht niedergelegt hatte.

Die Rede erinnerte zuerst an den gegenwärtigen britischen Reichskongress, um dann der Hoffnung für den Erfolg der kommenden anglo-indischen Konferenz Ausdruck zu geben. Zur September-Sitzung des Völkerbundes übergehend begrüsst die Rede die dort erreichten Beschlüsse und wünscht, dass die europäische Abrüstung immer weiter zum Segen aller Nationen fortschreiten möge. Den aussenpolitischen folgen die innerpolitischen Schwierigkeiten und die Aufgaben der neuen Parlamentsperiode. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit stehen an erster Stelle. Als Gegenmassnahmen kündigt die Rede an: Das neue Agrargesetz, eine Ein- und Verkaufsorganisation für die Kleinbauern, Bereitstellung von Siedlungsland für Arbeitslose, Neuordnung der Arbeitslosenversicherung und neue Mittel zur Sicherung des Arbeitslosenfonds; Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre, Aufhebung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes, neue Verkehrsregelung, Zusammenfassung und Kommunalisierung des Londoner Verkehrs, Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens über den Achtsturentag sowie der internationalen Abmachungen über die Sicherheit des Personals der Handelsschiffe. Insgesamt: eine Wiederholung aller Entschlüsse und Forderungen des Parteitagess der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses. Als Kompromissgabe für die hierzu notwendige Unterstützung der liberalen Partei verspricht die Thronrede eine Änderung des Wahlrechts, die der liberalen Partei entsprechend ihrer Wählerstimmen mehr Sitze im Parlament sichern soll. Wie diese noch sehr zweifelhafte Reform aussehen soll, darüber sagt jedoch die Thronrede kein Wort.

Im Unterhaus wurde die Thronrede am Nachmittag verlesen und viel bemerkt wurde: unter den Zuhörern der gerade aus Deutschland angekommene Albert Einstein. Dem Herkommen entsprechend erhielt zunächst Baldwin das Wort, als Führer der Opposition. Im Namen der konservativen Partei bat Baldwin den Ministerpräsidenten um die notwendigen Ergänzungen zur Thronrede. U.a. will er wissen, ob die Regierung ihr letztes Wort in der Palästina-Frage gesprochen habe. Baldwin vermisst auch die Erwähnung von Ostafrika in der Thronrede, und im weiteren Verlauf seiner Rede zählt er alle wirtschaftlichen und politischen Wünsche seiner Partei auf. Besonders unzufrieden sind die Konservativen mit der angekündigten Wahlreform, und dass die Regierung gegenüber den konservativen Zollforderungen stumm und taub bleibt missfällt dem Konservativenführer doppelt und dreifach.

SPD. New York, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Mcalister (Oklahoma) sind durch ein Bergwerksunglück am Dienstag 28 Bergarbeiter getötet worden.

SPD. London, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Kanal ist in diesem Jahre mit solchen Massen von Heringszügen bevölkert, dass die Fischer 100 Heringe für 2 Schilling verkaufen müssen.

SPD. Kairo, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Diktatur hat eine beabsichtigte Versammlung von Mitgliedern des Parlaments verboten.

SPD. Tokio, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf der Insel Formosa haben am Dienstag schwere Unruhen stattgefunden. 2.000 Eingeborene drangen gegen Polizei- und Militärstationen vor und töteten etwa 190 japanische Soldaten und Regierungsbeauftragte. Auch 20 Kinder sind dem Aufstand zum Opfer gefallen. Als Ursache kann die Anlage einer neuen elektrischen Kraftstation bezeichnet werden, die den höhergelegenen Dörfern das Wasser entzogen hat. Die Tokioer Regierung hat sofort militärische Verstärkungen und Flugzeuge nach Formosa beordert, die den Aufstand niederschlagen sollen.

SPD. Wien, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Demission des Polizeivizepräsidenten ist noch gestern angenommen worden, der Nachfolger wurde ohne Befragen Schobers ernannt. Weitere Pensionierungen dürften folgen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Politische Potboilers.

SPD. Potboilers sind im amerikanischen Jargon die Leute, die "den Topf am Kochen erhalten". Es handelt sich dabei nicht um Suppentöpfe, sondern um literarische Topfgerichte. Potboilers sind Macher von Sensationsbüchern, die einen Publikumserfolg ausnützen bis zum Äussersten. Sie lassen einem erfolgreichen Buch Dutzende von Büchern mit denselben Personen und ähnlicher Staffage nachfolgen. Das typischste Beispiel dafür, das auch in Deutschland bekannt ist, sind die Tarzan-Bände.

Die Methode ist sehr primitiv. Am Ende des Buches wird die Spannung nicht gelöst, der Leser wird vielmehr auf die nachfolgenden Bände vertröstet.

Derartige Potboilers haben sich im nationalsozialistischen Lager aufgetan. Sie vertreiben serienweise Schundbroschüren, in denen Geschichte und Politik in Stile von Detektivromanen dargetan wird. Da wird geheimnisvoll dargelegt, dass "das politische Geschehen der letzten Zeit willkürlich herbeigeführt worden sei und zwar von sich im Dunkeln haltenden Mächten." Interessiert sich der primitiv Leser dafür, wer diese sich im Dunkeln haltenden Mächte sind, so wird er auf eine demnächst erscheinende weitere Broschüre hingewiesen. Einer dieser Potboilers nennt sich P. Hochmuth. Er hat das Material der Hitler-Hugenberg'schen Volksbegehrens-Propaganda in eine Broschüre verwurstelt, die er nun unter dem Titel "Die kommende Inflation" vertreibt. In diesem ersten Machwerk verweist er darauf, dass er für jeden Einzelnen auch das Gegenmittel habe. Und also stürzt sich der gläubige nationalsozialistische Leser auf seine zweite Broschüre "Wie schütze ich mein Eigentum im kommenden Staatsbankrott?" In der Broschüre Nr. 2 erhält er nun die Antwort: Durch die Nationalwährung, die Hitler und seine Mitarbeiter einführen werden. Diese Nationalwährung wird dargestellt als Notenausgabe, deren Deckung das gesamte deutsche Volksvermögen in Höhe von 1500 Milliarden Mark bilden soll. Die primitivste Assignatenwirtschaft wird als Währung des Dritten Reiches angepriesen!

Dafür aber kann sich der wissbegierige Hitlergläubige nichts kaufen. Und also wird ihm weiter erzählt:

"Ueber die bei dieser Sicherstellung zu beobachtenden Richtlinien kann hier nichts Näheres mitgeteilt werden, weil ja unserem Volk dadurch genützt werden soll, was nicht möglich wäre, würden wir jeden Galizianer Einblick in unsere Karten gestatten. Ich hoffe, dass die Reichsparteileitung alles tun wird was ihr möglich ist, wenigstens die Angehörigen der Partei zu sichern. Ganz natürlich muss sich jeder selbst so viel wie möglich zu schützen versuchen, was er kann, wenn er flüssige Kapitalien in Realwerten anlegt. Es ist immer noch besser, es werden irgendwelche Wirtschaftsgegenstände angeschafft als gar nicht zu haben. Angebracht dürfte es sein, wenigstens für die in Grosstädten Lebenden ihren Bedarf an Kohle und Kartoffeln für den Winter im Auge zu behalten."

Das ist Panikmache in jeder Form. Die Empfehlung der Flucht in die Sachwerte. Immerhin, der Leser hat ein Rezept erhalten. Er soll aber noch weitere Broschüren kaufen. Und also wird ihm erzählt, das ins Ausland geflüchtete Kapital sei bedroht. Wie und wodurch, darüber berichtet eine dritte Broschüre. Schliesslich sagt man ihm, das Interesse des Volkes verbietet, darüber zu sprechen, wie das Dritte Reich gestaltet werden solle. Aber Andeutungen darüber werde er in einer vierten Broschüre finden. Der Topf kocht, und die geschäftstüchtigen Nationalsozialisten, denen es selbstverständlich nur auf die eigene Tasche ankommt, sind eifrig dabei, ihn am Kochen zu erhalten!

Die Hitlermark.

Die nationalsozialistischen Organisationen vertreiben die Hitlermark. Sie zeigt auf der Vorderseite den Kopf Hitlers mit der Umschrift "Adolf Hitler, der Retter aus der Not" und auf der Rückseite das Hakenkreuz. Sie hat ungefähr die Grösse eines Markstücks und besteht aus Aluminium. 10 000 Stück davon kann man für 150 Mark beziehen. Sie gleicht durchaus jenen Aluminiummünzen aus der Inflationszeit, die auf 200, 500 und 1000 Mark lauten.

Da haben wir die Währung des Dritten Reiches. Dass sie so stark an die traurigsten Notzeiten erinnert, ist nicht ohne tieferen Sinn! Wer es mit Hitler und den Seinen hält, der wirkt für die Wiederkehr der herrlichen Aluminiumgeldzeit

Eine Hundertmillionenlüge.

Das Blatt Hugenberg in Stuttgart hat das Patentrezept für die Wiederbelebung der Wirtschaft gefunden. Es schreibt :

"Schon die einfache Bestimmung, dass Ruhrgehälter an Parteibuchbeamte, wie überhaupt an Beamte, die nicht aus dem Berufsbeamtentum hervorgegangen sind, nicht mehr gezahlt werden dürfen, würde dem deutschen Volk von heute auf morgen ein paar hundert Millionen ersparen."

Parteibuchbeamte sind in den Augen dieses Blattes sozialdemokratische Beamte. Es will den Eindruck erwecken, als ob es in Deutschland ein paar hunderttausend Sozialdemokraten gäbe, die von öffentlichen Pensionen leben! Das ist eine so krasse Lüge, dass dem Fabrikanten weder Gutgläubigkeit oder auch nur Fahrlässigkeit zugestanden werden kann. Das ist die Agitation, mit der die Masse der Indifferenten in den Stall der Hakenkreuzler getrieben worden ist!

Sozialdemokrat Hugenberg.

Dem Dutzend Leute, die sich um Westarp und Treviranus gruppieren, ist die Auseinandersetzung zwischen Brüning und Oldenburg-Januschau sehr unangenehm gewesen. Es wurmt sie, dass der Reichskanzler unter dem Beifall der Sozialdemokraten gegen die Einstellung von Oldenburg-Januschau und dem deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover zur Wehrmacht polemisiert hat. Sie möchten dies Verhältnis gerne umdrehen. Die Politische Wochenschrift, eines ihrer Organe, ist auf einen genialen Dreh verfallen. Es erklärt einfach: "Dr. Brüning gehört zu rechts genau wie Hugenberg und Schmidt-Hannover nach ihrer ganzen Einstellung zur Sozialdemokratie gehören." Sozialdemokrat Hugenberg, das ist wirklich die genialste Erfindung, die in dieser von Blödsinn und politischer Drehkrankheit geschwellenen Zeit gemacht worden ist!

Der Schwurzeuge des Stahlhelm.

Herr Hitler hat seinen Hervé. Der Stahlhelm hat einen Reklameengländer, der er in Deutschland herumreisen lässt, um gegen den Young-Plan zu sprechen und die Arbeit des Stahlhelms zu loben. Dieser Schwurzeuge heisst: Vivian Stranders. Während des Krieges diente er in der britischen Fliegertruppe, bis 1921 war er bei der Interalliierten Luftfahrt-Kontrollkommission beschäftigt, 1926 wurde er in Paris gefänglich eingezogen und wegen Spionage zugunsten des deutschen Geheimdienstes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieser dunkle Ehrenmann ist nun der Schwurzeuge des Stahlhelm!

aus aller Welt

450 Millionen ergaunert!

Der Hochstapler Ciubutaru in Botoschani festgenommen - Karriere vom Eisenbahndieb an aufwärts - Von 32 Behörden steckbrieflich gesucht - Ein vollendetes Sprach- und Glaugenie - Der Coup im D-Zugabteil - Gefährlicher Besuch bei der Mutter.

SPD. Bukarest, 28. Oktober (Eig. Ber.)

In der rumänischen Moldaustadt Botoschani ist einer der namhaftesten Hochstapler der Gegenwart, I. Ciubutaru, verhaftet worden. Ciubutaru hat nicht nur in Rumänien, sondern in fast allen Hauptstädten Europas Gastspiele gegeben und Betrügereien verübt, sodass er zuletzt von nicht weniger als 32 Behörden steckbrieflich verfolgt wurde. Die Verhaftung Ciubutarus erfolgte in der weit ab vom Verkehr gelegenen Provinzstadt Botoschani zusammen mit einigen übelbelebendeten Personen anlässlich einer Razzia. Beinahe wäre der Hochstapler wieder auf freien Fuss gesetzt worden, nachdem die Papiere der bei der Razzia Aufgegriffenen geprüft worden waren, wenn nicht ein früherer österreichischer Kriminalbeamter, der zufolge der Annexion seines bukowinischen Geburtslandes heute in rumänischen Diensten steht und Polizeikommissar in Botoschani ist, in Ciubutaru nicht den Mann erkannt hätte, den er noch vor dem Kriege wegen zahlreicher Eisenbahndiebstähle vergeblich verfolgt hatte. Die Rückfrage in Bukarest ergab indes tatsächlich die Identität des Verhafteten, dem Hunderte und Aberhunderte von Betrügereien und Hochstapeleien zur Last gelegt werden, mit dem früheren Eisenbahndieb.

Wechselnde Namen - wechselnde Schicksale...

Ciubutaru hat seinen Namen sehr oft gewechselt. Ein paar davon: Littmann, Cismanaru, Kuhn, Birnbaum, Fulga, Keski. Heute ist Ciubutaru 38 Jahre alt und die, die ihn schon von Angesicht zu Angesicht sahen, behaupten, dass er ein sehr schöner Mann sei, der überall durch seine guten Manieren Vertrauen zu gewinnen verstünde. Jedenfalls beweist die lange Reihe der kriminellen Taten des Hochstaplers eine aussergewöhnliche Intelligenz. Schliesslich kam ihm noch ein bedeutendes Sprachtalent zu Hilfe: deutsch, polnisch, tschechisch, russisch, rumänisch, französisch - alles spricht er wie seine Muttersprache.

Ciubutarus Karriere begann mit Eisenbahndiebstählen auf den Linien Botoschani - Burdujeni und Jassi-Pascani. Als ihm der Boden unter den Füßen zu heiss wurde, floh er nach England, wurde dort aber ausgewiesen und kam nach der Russeninvasion nach Czernowitz. Hier gelang es ihm, zu einem falschen Pass zu kommen, einen Banktresor mit bedeutenden Geldmitteln der russischen Militärkassette zu erknacken und nach Polen zu entweichen.

Der hereingefallene USA-Millionär.

Nach kleineren Anfangsbetrügereien in Warschau und Krakau fuhr Ciubutaru nach der Tschechoslowakei. Hier gelang ihm ein Coup, der seinen Namen international bekannt und berüchtigt machte. Eines Tages reiste er nämlich in einem Abteil erster Klasse des Expresszuges Wien-Prag zusammen mit einer amerikanischen Millionärsfamilie. Ciubutaru stellte sich als deutscher Kaufmann vor und freundete sich mit den Reisegegnossen, denen gegenüber er das Gehaben eines braven Spiessers an den Tag legte, an. Wiederholt blieb Ciubutaru allein im Abteil. So war es ihm auch möglich, die Gelegenheit einer Passkontrolle vor den Augen der Beamten dazu zu benutzen, Schmuck und Wertpapiere im Wert von 3 Millionen Dollar dem Gepäck seiner amerikanischen "Freunde" zu entnehmen. Doch das Glück war dem Hochstapler nicht hold; bereits nach kurzer Zeit wurde Ciubutaru ver-

haftet. Die Schuckgegenstände wurden noch bei ihm gefunden und konnten den Eigentümern zurückgegeben werden. Da es sich aber nur um einen gewöhnlichen Diebstahl handelte, verurteilte das Prager Strafgericht Ciubutaru lediglich zu einem Jahr Gefängnis.

In Deutschland zu Gast.

Ciubutaru fügte sich lächelnd in sein Schicksal. Er wusste, wenn einer so viel "kauft", muss er auch einmal ein Jahr Gefängnis mit in Kauf nehmen. Nachdem er die Strafe verbüsst hatte, "arbeitete" er in Frankreich, dann in der Schweiz. Erklärlicherweise verfehlte auch Deutschland nicht, lockenden Reiz auf den Schwindler auszuüben. Mit hübscher Ironie erzählte Ciubutaru einmal, dass er dem überall angeschlagenen Plakat "Jeder einmal in Berlin" nicht habe widerstehen können. Die Besitzer der grossen Hotels, denen Ciubutaru die Ehre seines Besuches erwiesen hatte, erfuhren jedes Mal zu spät, wer der elegante Herr gewesen war, den sie beherbergt hatten. Sie erfuhren es spät, aber - gründlich: überall liess Ciubutaru in Konsequenz der von ihm verübten Gaunereien Aufregung, Kummer und Tränen zurück.

Tränen, ja - aber man darf nicht denken, dass Ciubutaru selbst etwa nun ein gefühlloser und roher Mensch gewesen wäre. Nein, die Sentimentalität war ihm nicht fremd. Vor wenigen Wochen kehrte er nach Botoschani zurück, aber nicht, um an der Stätte seiner frühesten Vergehen abermals kriminell zu werden, sondern nur, um an der Stätte seiner Kindheit - seine alte kranke Mutter zu besuchen. Aber so ist das Leben: gerade hier, wo Ciubutaru nur privat und gar nicht als Berufsmensch war, ergriff ihn der Arm der rächenden Justiz. Das ist Pech. Ob Ciubutaru nun abermals lächelnd ins Gefängnis gehen wird?

Todesantrag gegen Koch!

Der Beginn der Plädoyers im Halberstädter Mordprozess - Oberstaatsanwalt Hahne greift ein - Verteidigung für Freispruch.

SPD.Halberstadt, 28.Okt. (Eig.Bericht)

Allgemeine Ueberraschung löste es aus, als zu Beginn der Dienstsitzung im Halberstädter Mordprozess Oberstaatsanwalt Hahne in Amtsrobe neben dem jungen Staatsanwalt Breisig, der bisher die Anklage allein vertreten hatte, Platz nahm. Die Vermutung, dass dieser Akt gewissermassen ein Symbol dafür sei, dass die Staatsanwaltschaft die Anklage in ihrer ganzen Schwere aufrecht erhalten wolle, bestätigte sich: Staatsanwalt Breisig beantragte gegen den Angeklagten Koch die Todesstrafe!

Staatsanwalt Breisig behauptete, dass der nach seiner Meinung am Mordtage genau um 7,16 Uhr abends auf Bergwerksdirektor Kramer abgegebene Todesschuss von keinem andren abgegeben sein könne, als eben von dem Angeklagten. Da es sich um einen Fernschuss handele, würde weder Dr.Keding, der Freund des Ermordeten, der während des Mordanschlags gerade neben Direktor Kramer gestanden hatte, noch eine Person des Hauses Kramer in Betracht kommen. Täter müsse indes eine Person sein, die mit den Lebensgewohnheiten des Ermordeten genau vertraut war. Der Verdacht sei von vornherein auf Koch gefallen; Koch hätte aber einen Alibibeweis zunächst erfolgreich erbracht, sei aber 5 Monate später von seiner eigenen Frau, die ihn nach wie vor und auch unter ihrem Eide als den Täter bezeichnete, angezeigt worden. Wenn darauf aufmerksam gemacht wird, erklärte der Staatsanwalt, dass dem Angeklagten die Tat nicht zuzutrauen sei, so wäre dies unerheblich, da es genügend Beispiele in der Kriminalgeschichte gäbe, die den Beleg dafür erbringen, dass oftmals bislang geachtete Bürger als Mörder entlarvt werden mussten. Die Beurteilung der Schuldfrage des Angeklagten ruhe einzig und allein auf den Bekundungen der Ehefrau und auf der Tatsache, dass das Mordgewehr im Mühlgraben aufgefunden worden sei.

Der Staatsanwalt unterstellte die Aussagen der Frau Koch als wahr. Ihre

Darstellung würde sich mit dem Ermittlungsergebnis decken. An der Zurechnungsfähigkeit der Frau des Angeklagten bestünde auf Grund des Sachverständigenurteils kein Zweifel, ebenso wenig sei aber das Vorliegen eines Rachemotives anzunehmen. Wenn die Stiefsöhne den Eid verweigern, so sei dies nur unter dem Druck des unerhörten Terrors durch die ortsansässige Bevölkerung, unter dem auch Frau Koch schwer zu leiden habe, geschehen. Die Aussagen der Stiefsöhne seien trotz der Eidesverweigerung im Hinblick auf dieses Drohen durchaus glaubhaft. Rein zeitlich hielt der Staatsanwalt die Tat für möglich; Kochs Alibi-beweis für die kritische Zeit von 18,45 Uhr bis 19,45 Uhr sei missglückt. Der Angeklagte sei aus verschiedenen Motiven von einem unauslöschlichen Hass gegen Direktor Kramer beherrscht gewesen, und der Hass habe ihn zur Tat getrieben. Eine lückenlose Indizienkette schliesse sich endlich durch das Verhalten des Angeklagten nach seinem Geständnis, desgleichen durch seine wiederholten Versuche, seine Frau und schliesslich sich selbst umzubringen. Niemand anderes als Koch käme als Täter in Frage; deshalb sei die Todesstrafe zu verhängen.

Die Verteidiger des Angeklagten, die Rechtsanwälte Riemeyer und Braun, verlangten die Freisprechung Kochs. Während Rechtsanwalt Dr. Braun mehr auf die vermeintlichen Motive und auf die angebliche Rachsucht des Angeklagten einging, bemühte sich Rechtsanwalt Dr. Riemeyer, die Indizien der Staatsanwaltschaft zu zerpfücken. Insbesondere behauptete Dr. Riemeyer, dass zurzeit der Tat, also am 19. Februar 7,16 Uhr abends, der Angeklagte weder am Tatort noch in der Umgebung des Tatortes hätte sein können. Der Alibibeweis sei dem Angeklagten restlos geglückt, und infolgedessen müssten alle anderen belastenden Momente bei der Erörterung der Schuldfrage ausfallen.

+ + +
Verschleppter Millionär? Seit einigen Tagen ist Earl Yocum, der Präsident der Yocum State Bank of Galva (Illinois USA), ein vielfacher Millionär, verschwunden. Die Polizei nimmt an, dass der Grossbankier von Verbrechern verschleppt worden ist, die für seine Auslieferung ein Lösegeld erpressen wollen.

+ + +
Pfarrer Schenk verteidigt sich. Pfarrer Schenk aus Bornim bei Potsdam, einer der Hauptbelastungszeugen im Frenzel-Prozess, nahm, wie berichtet wird, von der Kanzel seiner Kirche aus Gelegenheit, die Presse, die nach seiner Meinung über den Prozess falsch berichte, anzugreifen. Herr Schenk betonte ausserdem, dass er sich keiner Schuld bewusst sei und den schweren Schritt gegen den Angeklagten im Sinne seines Amtes und seines Verantwortungsgefühls unternommen habe.

Nach den Sturmszenen in der Montagverhandlung des Potsdamer Blutschandeprozesses - Hilde und Gertrud Frenzel hatten sich verprügelt, Dr. Brandt und Dr. Blumenhain legten die Verteidigung nieder - wurde am Dienstag noch nicht wieder direkt in die Verhandlung eingetreten. Die Verteidigung liess wissen, dass sie das Mandat wieder übernehme, falls Landgerichtsdirektor Hellwig die Möglichkeit zur Verständigung gebe. Landgerichtsdirektor Hellwig, der am Dienstag die Presse in beschränkter Form zulies, lieferte diese Möglichkeit, indem er einen einstimmigen Gerichtsbeschluss vorlas, in dem es heisst, dass das Gericht im Interesse des Angeklagten dringend wünsche, dass es dem Angeklagten gelingen möge, seine bisherigen Verteidiger zu bewegen, wieder die Verteidigung zu übernehmen. Misslänge dieser Versuch, würde das Gericht seinerseits einen Potsdamer Officialverteidiger stellen. Auf alle Fälle, was auch kommen möge, solle der Prozess nicht wieder von vorn begonnen, sondern zu Ende geführt werden. - Die nächste Sitzung ist auf Donnerstag morgen anberaumt.

+ + +
Millionärsspende. Der mehrfache englische Millionär George Eastmann liess der Stadt Stockholm 200 000 Pfund überweisen; mit dem Geld soll eine Zahnklinik für arme Kinder errichtet werden.

+ + +

Blutrache und Bruderkuß.

Ein wild-romantischer Bilderbogen aus Mussolinien.

SPD. In gewissen Provinzen Italiens ist bekanntlich die Blutrache noch üblich. Und wenn auch das faschistische Italien so tut, als ob es mit dem primitiven Rachesystem aufgeräumt habe, so muss man feststellen, dass der Faschismus hier genau so wie bei seinen vielen anderen schillernden Versprechungen schmäählich versagt hat. Die Blutrache gedeiht lustig weiter und es sind nicht nur einzelne Familien, die sich in jahrzehntelangem Kampf mit Stumpf und Stiel ausrotten, sondern ganze Orte, die mit geradezu pathologischer Verbissenheit Guerilla-Krieg gegeneinander führen.

Die Mordnacht von Stilo.

In der süditalienischen Provinz Reggio-Kalabrien liegen zwei Städte namens Stilo und Rivongi, die seit mehr als 250 Jahren in erbitterster Blutrache miteinander leben. Die Geschichte dieser beiden Städte ist eine schaurige Chronik, voll von Blut und Elend. In fast unabsehbarer Folge wechseln Mord mit Brandstiftung, Entführung mit Totschlag, und es ist auch häufig vorgekommen, dass die "wehrhaften" Einwohner der beiden Städte zu regelrechten "Strafexpeditionen" auszogen. So wurde vor Jahren Stilo eines Nachts von den Rivongi-Leuten überfallen und an allen vier Ecken angezündet. Die rasenden Rivongier überfielen ihre Gegner zum Teil in den Wohnungen, und es kam zu einer unerhört erbitterten Schlacht. Die anwesende, an Zahl sehr geringe Gendarmerie, stand dem Toben der beiden Parteien völlig machtlos gegenüber. Und als die Rivongier von den Stilonen in früher Morgenstunde aus dem Ort herausgehauen wurden, mussten Dutzende und Aberdutzende von Schwerverletzten in die Krankenhäuser geschafft werden.

Das Wettgeschrei der Amazonen.

Natürlich hatte diese mörderische Expedition nach Stilo eine Gegenaktion der heimgesuchten Stadt zur Folge, die aber von den Rivongiern noch vor ihrer Stadt abgefangen wurde. Es kam zu einem grimmigen Handgemenge, bei dem auf beiden Seiten von Hieb- und Schusswaffen ausgiebigster Gebrauch gemacht wurde. Währenddessen standen die kampfunfähigen Greise, sowie die wohl auch nicht sonderlich zarten Damen der beiden Städte zu beiden Seiten und feuerten die rüstigen Krieger zu immer wilderer Kampftat an. In Homers "Trojanischen Krieg" mag es nicht lärmender und grausamer hergegangen sein.

Versöhnung oder ewiger Krieg?

Vor kurzem ist es nun plötzlich zu einer überraschenden und höchst rühreligen Aussöhnung der beiden Städte gekommen. Man traut allerdings dem Frieden noch nicht recht und skeptische Kenner der Verhältnisse sind der Ansicht, dass der blutige Krawall über kurz oder lang seine mörderische Fortsetzung finden wird. Denn es ist den beiderseitigen Einheimischen schon so sehr liebe Gewohnheit geworden, sich gegenseitig über den Haufen zu knallen oder von hinten zu erstechen, dass kaum anzunehmen ist, die heissblütigen, temperamentvollen Kämpen würden gleichsam über Nacht von diesen lebensgefährlichen Dingen lassen.

Wenn Mörder weinen.

Die Versöhnungsfestlichkeit war sehr pompös und theatralisch aufgezogen. Die Bewohner Stilos und Rivongis, die sich im allgemeinen nur mit geladenen Schusswaffen gegenüberzutreten pflegten, trafen sich auf einem neutralen Platz, und zwar auf dem Boden der Stadt Pazzano, die zwischen den beiden feindlichen Heerlagern gelegen ist. Der Erzbischof von Catanzaro las eine Messe, die ungewein rührend gewesen sein muss, da sowohl den sturmerprobten Stilonen als ihren zumindestens ebenso wetterfesten Rivalen, wie berichtet wird, die Tränen in den Augen gestanden haben sollen. Nach der Messe schickten Stilo als auch Rivongi je eine Frau und einen Mann an die Versöhnungsfront, wo sich die vier vor versammelter Mannschaft laut und schallend mehrere Küsse gaben.

"Bravissimo!"

Ungeheurer Jubel brauste über den Marktplatz von Pazzano. Die Stilonen und die Rivongier schrien Bravo und Bravissimo und warfen, zum Zeichen der Freude, ihre diesmal ungeladenen Revolver in die Luft. Ein Feuerwerk und eine Serie Freudenschüsse kündeten das Ende der menschenmörderischen Vendetta an. Aber wenn wir in den nächsten Wochen trotzdem davon lesen werden, dass die Rivongier und Stilonen dabei sind, sich einander wieder serienweise über den Haufen zu knallen, so wissen wir, dass die Vendetta aufs neue zum Ausbruch gekommen ist.

+ + +

Hochwassernot in Schlesien. Das Hochwasser der schlesischen Flüsse nimmt katastrophale Formen an. Insbesondere sind die Kreise Liegnitz, Lauban, Görlitz und Reichenbach heimgesucht. Weite Flächen Land längs der Spree und Oder stehen unter Wasser, zahlreiche Dörfer und einzelne Häuser sind vollkommen vom Verkehr abgeschnitten, und überall sind Feuerwehr, Militär und Hochwasserschutz damit beschäftigt, zu retten, was noch zu retten ist. In Mark-Lissa mussten zahlreiche Familien in die oberen Stockwerke ihrer Häuser flüchten. Orkanartige Stürme brachen die Masten der Hochspannungsleitungen und machten somit die Zuleitung des elektrischen Stromes unmöglich. In Markersdorf und Poltendorf drohen verschiedene Gebäude einzustürzen. In Löwenberg sind die Zufahrtstrassen bis zu 2 Meter hoch überschwemmt. Besonders schwere Verwüstungen werden auch aus Reichenbach gemeldet; die Zerstörungen sind hier zum grossen Teil auf das Wüten einer Windhose zurückzuführen. Kilometerweit sind auch die Oderufer unterhalb Breslaus überschwemmt, wichtige Verkehrsstrassen und Eisenbahndämme gefährdet. Der grosse Katzbachdamm bei Altbeckern ist durchgebrochen, zahlreiche nahegelegene Gehöfte wurden unter Wasser gesetzt. Am Montag abend betrug die Ausuferungshöhe der Katzbach 2,50 Meter.

Auch in der Lausitz haben orkanartiger Sturm, sintflutartiger Dauerregen und Schneefälle allerschwersten Schaden angerichtet. Die Gewalt des Sturmes stürzte zahlreiche Bäume, Fabrikgebäude und Dächer wurden abgedeckt, steinerne Säulen umgelegt. Der unaufhörliche Regen bewirkte in kurzer Zeit ein unglaublich rasches Wachsen der Gebirgsbäche. Die Spree, Schwarze Elster, Neisse, Löbau und andere Flüsse traten über ihre Ufer und überschwemmten weite Gebiete. Die Bahnstrecke Zittau-Reichenau musste für den Verkehr gesperrt werden. Schwere Schäden erleiden die Gemeinden, die Notstandsarbeiten ausführten. Die Wassermassen haben das Erdreich mit sich fortgeführt. Von der begonnenen Neisse-Regulierung bei Zittau ist nichts mehr zu sehen. Aus den Fluten ragt noch der eiserne Kran hervor, der bei den Erdarbeiten Verwendung fand. Staat und Gemeinden werden gewaltige Summen für die Hochwasserschäden aufzubringen haben.

+ + +

Tschechen ehren deutsche Dichter. Bei der anlässlich des tschechischen Staatsfeiertages am Dienstag erfolgten Preisverteilung für besondere Verdienste auf literarischem oder künstlerischem Gebiet wurden drei Deutsche mit tschechoslowakischen Staatspreisen ausgezeichnet: der Dichter Max Brod, der Komponist Prochaska und die Schauspielerin des Deutschen Theaters in Prag Herdine Medelsky.

+ + +

Ein Hüttenidyll. In den Waldungen von Herten (Rheinland) stiessen Polizeibeamte auf eine primitive Hütte und fanden in ihrem Innern ein seit dem 19. Oktober vermisstes 17 jähriges Mädchen aus Herten. Das junge Mädchen, eine moderne Räuberbraut, hatte sich mit einer Anzahl mehr oder minder krimineller Burschen so lange und so eingehend herumgetrieben, dass es sich nicht mehr nach Hause getraute. Die Freunde verliessen ihre Braut nicht. Sie errichteten ihr die Hütte, versorgten sie mit Lebensmitteln und warmen Sachen und leisteten ihr in ihrer Einsamkeit vermutlich nicht unwillkommene Gesellschaft.

+ + +

10 000 Mark unterschlagen. Der Berliner Polizeivorsteher Plikat, der bei einem Notar beschäftigt war, hat im Laufe kurzer Zeit 10 000 Mark unterschlagen und zum grossen Teil in einem Nachtlokal verjubelt. Der Defraudant flüchtete, die Kriminalpolizei forscht nach ihm.

Kochs letztes Wort. Staatsanwalt Dr. Breising schloss die Reihe der Plädoyers im Halberstädter Mordprozess durch eine Replik ab, in der er behauptete, dass die öffentliche Meinung in dem Angeklagten einen Märtyrer sähe und jubeln würde, wenn an der Stelle Kochs Dr. Kaeding auf der Anklagebank säesse. Nachdem auch noch Oberstaatsanwalt Dr. Hahne erklärt hatte, dass er den Ausführungen seines Kollegen in vollem Umfang beitrete, forderten nochmals die beiden Verteidiger Freispruch des Angeklagten, aber nicht, wie Rechtsanwalt Dr. Braun konkretisierte, Freispruch wegen Mangels an Beweisen, sondern "wegen erwiesener Unschuld." Das letzte Wort Kochs, über den das Schwurgerichtsurteil voraussichtlich am frühen Mittwochnachmittag verkündet werden wird, lautete: "Ich bin unschuldig, mein Gewissen ist frei. Ich habe mit keinem Gedanken an ein Verbrechen an Direktor Kramer gedacht. Ich bitte um Freisprechung."

Vor dem Bombenleger-Urteil? Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Dienstsitzung im Altonaer Bombenprozess die letzte gewesen. Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, dass in der für nächsten Freitag anberaumten Sitzung endlich das Urteil verkündet werden wird, nachdem die an die Angeklagten gerichtete Frage des Vorsitzenden, ob sie noch etwas auf die Ausführungen der Verteidiger zu antworten hätten, mit einem entschiedenen und lauten "Nein" beantwortet worden ist.

Sexualvergehen eines Conférenciers. Der auch in zahlreichen Städten des Reichs bekannte Berliner Conférencier Erich Wolfgang von Schipinski ist vom erweiterten Schöffengericht Hannover wegen sechsfachen Sittensvergehens zu einem Jahr Gefängnis bei eventueller Zubilligung von sechs Monaten Bewährungsfrist verurteilt worden. Schipinski soll sich dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit erzielten Verhandlungsergebnis zufolge an mehreren noch schulpflichtigen Kindern sittlich vergangen haben. Es wurde dem Angeklagten verminderte Zurechnungsfähigkeit zugebilligt, da er bei Begehung seiner Taten unter alkoholischem Einfluss stand. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

Jagdkatastrophe. Als der Duisburger Juwelier Mathäus auf der Jagd versuchte, zwei sich beissende Hunde durch sein Gewehr auseinander zu bringen, sprang einer der Hunde gegen den Abzug. Das mit Schrot geladene Gewehr entlud sich, die Ladung traf ins Herz, Mathäus sank tot zu Boden.

Aufstand auf Formosa. Auf der zu Japan gehörenden Insel Formosa brach ein Aufstand aus. Die die Insel bewohnenden altmalaiischen wilden Volksstämme haben u. a. die Besatzung der Polizeistation niedergemetzelt. Um den Aufstand niederzuschlagen sind Truppen und Flugzeuge entsandt worden.

Verhaftete Diebesbande. In Pelkum (Westfalen) wurde eine elf Mann umfassende schwer bewaffnete Diebesbande, die in 25 Fällen des Einbruchs, Diebstahls und Raubes überführt ist, verhaftet.

Verurteilte Schupobeamte. Zwei Berliner Schupobeamte, die sich in der Trunkenheit schwere Ausschreitungen gegen Passanten zu Schulden kommen liessen, wurden vom Schöffengericht Berlin-Neukölln unter Versagung mildernder Umstände zu neun und vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

SPD. In Köln tagt zur Zeit auf Grund eines Beschlusses des letzten Internationalen Gewerkschaftskongresses ein Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der sich aus fünf Vertretern der sozialistischen Arbeiterinternationale, fünf Delegierten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und einer Reihe von Sachverständigen zusammensetzt. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit geeigneten Massnahmen zu beraten und die Zweckmässigkeit der Einberufung einer Weltkonferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu prüfen.

Ironie der Weltgeschichte! In einem Augenblick, wo der Nationalismus in wichtigen Industrieländern eine Renaissance erlebt, dämmert die Erkenntnis, dass im Zeitalter der Weltwirtschaft die Staaten nicht mehr in der Lage sind, das Problem der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit auf nationaler Grundlage zu meistern. Nur Leute, die mit Scheuklappen herumlaufen, sehen noch nicht, wie sehr die Arbeitslosigkeit heute von internationalen Zuständen, Entwicklungen und Verwicklungen beeinflusst wird. Die Arbeitslosigkeit ist heute ein Weltproblem. Das kam vor wenigen Tagen auch sehr deutlich zum Ausdruck, als der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes sich in Brüssel mit einem Antrag des schweizerischen Arbeitnehmersvertreters Schürch befasste, der eine eingehende Prüfung des Problems der Arbeitslosigkeit im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation anstrebt. Dieser Antrag wurde von der Arbeitergruppe des Verwaltungsrats auf Grund eines Beschlusses des Stockholmer internationalen Gewerkschaftskongresses eingebracht. Er fordert eine eingehende Untersuchung folgender Fragen, die einwandfrei als wichtige Ursachen der Arbeitslosigkeit gelten können:

1. Die sinnlose Zollpolitik der Nationalstaaten,
2. Die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe
3. Die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten,
4. Die Schwierigkeiten der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Verbrauchs.
5. Die Entwicklung neuer Industrien.
6. Die rasche Entwicklung der industriellen Technik usw.

Der Antrag wurde angenommen. Der Arbeitslosenausschuss des Internationalen Arbeitsamtes wurde beauftragt, ein Arbeitsprogramm aufzustellen. Gleichzeitig wurde der Ausschuss wesentlich erweitert. Von deutscher Seite gehört ihm Herman Müller-Lichtenberg, M.d.R. an.

Bei der Beratung des Antrags wurde darauf hingewiesen, wie rapid die Arbeitslosigkeit sich heute international entwickle und kaum ein Land verschone. Noch vor 12 Monaten hätten die Amerikaner mit einem gewissen Stolz erklärt, dass sie so gut wie gar keine Arbeitslosen haben. Heute schwankten die Schätzungen über die Arbeitslosigkeit in U.S.A. zwischen 5 und 7 Millionen. Der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium, betonte, dass Deutschland die Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit durch das Internationale Arbeitsamt sehr begrüsse. Deutschland sei ja eines der Länder, die augenblicklich am meisten unter der Arbeitslosigkeit leiden. Auch in Deutschland habe die Arbeitslosigkeit neben den Ursachen volkswirtschaftlicher Art und solchen, die aus den besonderen Verpflichtungen des Reichs

erwachsen, in hohem Masse internationale Ursachen. Aus diesem Grunde müsse der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch international geführt werden.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas erinnerte daran, dass sich das Amt schon seit zehn Jahren mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigt. Tatsächlich wurde bereits 1919 ein Uebereinkommen beschlossen, wonach die Regierungen verpflichtet sind, dem IAA regelmässig Nachrichten über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu übermitteln und eine kostenlose Arbeitsvermittlung einzurichten. Dadurch konnte die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen, die sich im Jahre 1911 auf 2,7 Millionen belief, bis zum Jahre 1927 auf 18 Millionen erhöht werden. Ferner liegt eine Empfehlung über die Arbeitslosenversicherung vor, die wesentlich zu deren Ausbau in verschiedenen Ländern beigetragen hat. Heute werden in acht europäischen Staaten, die eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt haben, bereits 42 Millionen Arbeitnehmer versicherungsmässig erfasst. Darüber hinaus ist es natürlich heute mehr denn je notwendig, auch die politischen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen und insbesondere in Europa zu einer vernünftigen Zollpolitik zu kommen, sowie die Frage der internationalen Kapital- und Rohstoffverteilung in einer zweckmässigen Weise zu lösen.

Aus diesem Grunde sind die internationalen Bestrebungen von Partei und Gewerkschaften sowohl wie auch die Arbeiten des internationalen Arbeitsamtes auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit nur zu begrüssen. Zweifellos werden die Erhebungen die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit noch klarer als bisher herausstellen. Allein die Folgerung aus den Ergebnissen dieser Untersuchung wird die organisierte Arbeiterschaft der Welt selbst ziehen müssen. Nur eine starke einige und geschlossene internationale Arbeiterbewegung wird in der Lage sein, aus den Ergebnissen der Erhebung den Nutzen zu ziehen, der im Interesse einer Verbesserung der sozialen Lage und der Befriedung der Welt so bitter notwendig ist.

SPD. Das vorläufige Ergebnis der Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn sieht folgendermassen aus: Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (freigewerkschaftlich) 60 475, Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer 53 746, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) 61 433, Zentralgewerkschaftsbund deutscher Reichsbahnbeamter (dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen) 98 428, Nationalsozialisten 10 513 und Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten 14 729.

In diesem Jahr sind sechs Listen aufgestellt worden, im Vorjahre nur vier. Die Listenvermehrung brachte eine bedauerliche Zersplitterung der Stimmen. Die Nationalsozialisten haben ihre Stimmen in erster Linie aus den Reihen des Zentralgewerkschaftsbundes geholt.

Das endgültige Wahlergebnis dürfte Ende der Woche vorliegen. Wir werden alsdann zu dem Ausgang der Wahl Stellung nehmen.

SPD. Die Arbeitgeber der westdeutschen Kanalschifffahrt haben sich sehr stark in der Lohnabbauaktion des Unternehmertums engagiert. Sie haben den Tarifvertrag gekündigt - er läuft am 31. Oktober ab - und fordern, bescheiden wie sie sind, einen Abbau der Löhne von nur 8 bis 20 %. Zu gleicher Zeit kündigen sie an, dass sie bei den Verhandlungen mit Forderungen herausrücken wollen, die eine Abänderung des Manteltarifs zu ihren Gunsten bezwecken.

Auch der Hafenbetriebsverein Emden, worin dieselben Arbeitgeber wie in der westdeutschen Kanalschifffahrt sitzen, beteiligt sich an der Lohnabbauaktion. Dank seiner störrigen Haltung verliefen die stattgefundenen Verhandlungen nach Kündigung des Lohn tariffs ergebnislos; es kam zu einem Schiedsspruch, der einen

Lohnabbau von 8 % vorsieht. Die Emdener Hafenarbeiter haben sich einmütig gegen diesen Spruch gewandt. Sie denken nicht daran, einen derartigen Lohnabbau geduldig hinzunehmen; sie fordern neue Verhandlungen.

Emden ist das Ausfallstor für die westdeutsche Kanalschifffahrt. Zweifellos haben es die Arbeitgeber darauf abgesehen, einen Lohnabbau auf der ganzen Linie zu erzwingen. Sie haben sich weit vorgewagt, weil sie glauben, dass die amtliche Schlichtung sie schützt und steift. In allen Lohnabbauschiedssprüchen spuken die 8 %, und daher haben die Arbeitgeber der westdeutschen Kanalschifffahrt diese 8 % gleich zum Ausgangspunkt ihrer Lohnabbauforderungen gemacht.

SPD. Im Gross- und Einzelhandel sind von den Arbeitgebern sieben Manteltarifverträge gekündigt, wobei es ohne Zweifel auf die Festlegung einer Kurzarbeitsklausel und die Beseitigung der Gehaltszahlung in Krankheitsfällen abgesehen ist. Ausserdem sind wiederum eine ganze Anzahl Gehaltstarife zum Zwecke des Gehaltsabbaues gekündigt worden.

Der Arbeit des Z.d.A. ist es zu verdanken, dass eine Anzahl der von der Arbeitgebern gekündigten Verträge bereits wieder zum Abschluss gebracht werden konnte. Im Einzelhandel Bad Pyrmont, Stettin und auch im Eisengrosshandel Leipzig haben sich die Arbeitgeber zu einer Vereinbarung bereitgefunden, wonach die alten Gehälter bestehen bleiben. Der Einzelhandel Chemnitz, Dresden (Bezirksausschuss) und die Firma Optiker Ruhnke-Berlin haben die Kündigungen der Gehaltstarife zurückgezogen. Im Einzelhandel Dresden (Allgemeiner Verband) und im Grosshandel Stettin bleiben die Gehälter durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs bestehen. Im Einzelhandel Sonneberg haben die Arbeitgeber den Schiedsspruch, der die Verlängerung des Gehaltstarifs vorsieht, angenommen.

In sehr vielen Orten sind jedoch die Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gebracht, und es muss mit weiteren Kündigungen von Verträgen seitens der Arbeitgeber gerechnet werden. Es gilt also, alle Kräfte zum Abwehrkampf zusammenzufassen. Ein wirksamer Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen kann aber nur von einer starken Gewerkschaft geführt werden. Jeder Angestellte gehört darum in den Zentralverband der Angestellten, d.h. in eine Organisation mit einem weitgespannten Netz von 800 Ortsgruppen und hauptamtlich geleiteten Geschäftsstellen im ganzen Reiche. Seine Unterstützungseinrichtungen (Altershilfe, Aussteuerbeihilfe, Stellenlosen-, Streik- und Gemassregeln sowie Krankenunterstützung, Rechtsschutz u.a.m.) bieten jedem Angestellten die Gewähr einer starken Hilfe in allen Notfällen.

SPD. In Berlin fand dieser Tage eine Reichskonferenz der technischen Bergbauangestellten im Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) statt. Aus allen deutschen Bergbaubezirken einschliesslich des Saargebietes waren Vertreter erschienen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die grossen Grubenkatastrophen. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschliessung an, worin die Forderungen des Butab zur Grubensicherheitsfrage zusammengefasst werden. Die Entschliessung lautet:

"Die Entsetzende Häufung grosser Grubenkatastrophen - Neurode, Alsdorf und Maybach - ist eine eindringliche Mahnung an die Reichs- und Preussische Staatsregierung, Saarregierung sowie gesetzgebenden Körperschaften, nunmehr endlich energische Massnahmen zur Erhöhung der Grubensicherheit zu ergreifen. Ueber 500 Bergleute sind allein den letzten drei Schlägen zum Opfer gefallen. Noch grösser ist die Zahl der Todesopfer infolge der täglichen kleineren Unglücke; dazu kommt die ungeheuer grosse Zahl von jährlich 130 000 Unfallverletzten. Das furchtbare Wort: der Bergmann trägt ständig sein Totenhemd,

ist mehr denn je bittere Wahrheit geworden.

Die vielen Massenunglücke und die hohe Unfallziffer lassen sich durch die natürlichen Gefahren des bergbaulichen Betriebes allein weder erklären noch entschuldigen, andere Gründe haben in stärkstem Masse mitgewirkt.

Die Hauptursache liegt in dem heutigen Betriebssystem im Bergbau. Das überaus schnelle Arbeitstempo, der Kampf ums tägliche Brot und die Furcht vor Entlassung zwingen den Bergmann, die Sicherheitsvorschriften zu vernachlässigen. Die technischen Angestellten stehen unter dem gleichen Druck; ohne Rücksicht auf ihre wichtigen Aufgaben für die Grubensicherheit werden sie vom Arbeitgeber zur Steigerung der Förderung angetrieben. Hierdurch werden zwar Höchstleistungen erzielt, aber gleichzeitig in unerhörtem Masse die Betriebsgefahren gesteigert.

Die Reichskonferenz der technischen Bergbauangestellten im Butab erhebt Anklage gegen dieses Verderben bringende Arbeitssystem und fordert mit aller Entschiedenheit seine Beseitigung. Der hohe Stand der Technik und der Wissenschaft ermöglicht unzweifelhaft die Verschliessung zahlreicher Gefahrenquellen und damit die Verhütung vieler Unglücke und Unfälle. Notwendig ist vor allem, dass im Gegensatz zu heute die Sicherung der Grubenbaue und die Sorge um das Leben des Bergmanns über das Gewinnstreben der Unternehmer gestellt werden. Sicherheit zuerst, muss endlich oberster Grundsatz des Arbeitsschutzes im Bergbau werden, auch gegen den Widerstand der Unternehmer.

Die Reichskonferenz fordert ferner erneut eine Verschärfung und Erweiterung der behördlichen Grubenkontrolle.

Mit Entrüstung erhebt sie Einspruch gegen die von der Staatsregierung angeordnete Kürzung der Ausgaben für die Bergaufsicht und die Verminderung der Zahl der staatlichen Bergrevierinspektoren. Wo, wie im Bergbau, Menschenleben ständig in höchster Gefahr sind, darf der behördliche Kontrollapparat nicht eingeschränkt, sondern muss erweitert werden.

Von den weiteren durch den Butab schon seit langem vorgeschlagenen Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit muss insbesondere die Frage der Verantwortlichkeit für die Betriebsführung vordringlich einer grundlegenden gesetzlichen Neuregelung entgegengeführt werden. Hierbei müssen die technischen Angestellten (Grubenaufsichtspersonen) in ihrem Arbeitsverhältnis einen besonderen Schutz erhalten, damit sie ihre wichtigen Aufgaben auf dem Gebiete der Grubensicherheit ohne dauernde Sorge um ihre Stellung erfüllen können. Ferner ist dem Bergwerksbesitzer eine seiner Direktionsgewalt entsprechende strafrechtliche Verantwortung für die Einhaltung der gesetzlichen und bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften aufzuerlegen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass der Bergwerksunternehmer und seine Stellvertreter, obgleich sie die höchste Anordnungsbefugnis im Betriebe haben und die Arbeitsweise entscheidend bestimmen, nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften von der strafrechtlichen Verantwortung für Unglücksfälle fast gänzlich befreit sind.

Die Reichskonferenz betont schliesslich erneut die Notwendigkeit, in dem zu schaffenden Bergarbeitsgesetz dem erhöhten Schutzbedürfnis der Arbeitnehmer im Bergbau Rechnung zu tragen und die Abänderungsvorschläge der Gewerkschaften in den vorliegenden Entwurf hineinzuarbeiten."

SPD. In der Tschechoslowakei hat der sozialdemokratische Justizminister im Budgetausschuss die baldige Vorlegung eines Entwurfs über Arbeitsgerichte und einer Novelle des Handlungsgehilfengesetzes angekündigt. Auch vier Pressgesetzworlagen (Pressewesen, Ehrenbeleidigungen durch die Presse, Dienstverhältnisse der Journalisten und Journalistenkammern) sind in Vorbereitung.

Die Linoleumpreissenkung.

Ein Kommentar zur Lohn- und Preispsychose.

SPD. Dass unsere grossen Konzerne und Trusts bei der Preisabbauaktion, wenn sie auch die Preise um einige Prozent senken, kaum Federn lassen, ist Tatsache. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Linoleumindustrie. In dieser Industrie werden 85 % des deutschen Bedarfs von der zum Continentalen Linoleumtrust gehörenden Deutschen Linoleumwerke A.G. gedeckt, während der Rest auf die trustfreie Rheinische Linoleumfabrik Bedburg entfällt.

Nach der Gründung der Deutschen Linoleumwerke glaubte man allgemein, im Rahmen einer grosszügigen Rationalisierung den Weg für eine Preissenkung freigelegt zu haben. Es trat dann auch eine mit vielem Aufwand verkündete Preissenkung um 2½% ein. Dann kam der Pferdefuss. Der Preissenkung folgten, in kaum Jahresfrist bis in den Februar 1930, drei Preiserhöhungen, wodurch die Linoleumpreise um 15 - 17 % erhöht wurden. Der Trust nutzte also seine Machtstellung hemmungslos aus. Die Rheinische Linoleumfabrik Bedburg nahm aus Gründen, die in ihrem fabrikatorischen Aufbau liegen, davon Abstand, die überhöhten Preise der Deutschen Linoleumwerke zu unterbieten. Als vor einigen Wochen die Reichspost, die Reichsbahn und sonstige Behörden auf Weisung des Reichswirtschaftsministeriums drohten, Linoleum nicht mehr zu beziehen, falls nicht eine befriedigende Preisermässigung eintrete, hat der deutsche Trust, um sich dem Zorn der Regierung zu entziehen, die Preise sage und schreibe um 7 % ermässigt. Die Preisermässigung kam also nicht ganz unfreiwillig, Grund genug für den Linoleumtrust, sie mit der dem Trust eigenen Kühnheit in der Öffentlichkeit als "freiwillig" zu bezeichnen. Seitdem hat man mit dieser 7%igen Preisermässigung in der Öffentlichkeit allerhand Unfug getrieben. Nur eins hat man der Öffentlichkeit nicht gesagt: dass die überhöhten Linoleumpreise trotz des 7%igen Preisabbaus weiter bestehen. Dafür folgender Beweis:

Die Hauptbestandteile des Baulinoleums (ca. 68 %) sind Leinöl, Jute und Kork, der Rest Farben und Harze. Leinöl, Jute und Kork sind heute so billig wie vor dem Kriege, zum Teil sogar billiger. Da es sich um Stoffe handelt, die auf lange Sicht im Termingeschäft abgeschlossen werden, konnte sich der Preisrückgang dieser Stoffe erst allmählich in der Fabrikation des Linoleums auswirken. Der Preisrückgang dieser Stoffe hat aber schon vor etwa 2 Jahren eingesetzt, so dass er heute der Linoleumindustrie bereits längere Zeit voll zugute gekommen ist. Wie aber haben sich die Linoleumpreise entwickelt?

Unserer Berechnung legen wir den Preis für einen qm A. Walton braun 3,6 mm zugrunde. Entsprechendes gilt für die anderen Sorten des Baulinoleums. Es ergibt sich folgendes:

	<u>ab Fabrik</u>	<u>ab Laden</u>
	(Linoleumpreise in Mark)	
1913/14	3,20	3,60 - 3,80
1926/27	4,65	6,60
1930	5,40	7,85

Für die Preise für 1926/27 bzw. 1930 ist zu bemerken, dass bei Bezug grösserer Mengen natürlich Reduzierungen eintreten. Wesentlich ist vor allen Dingen die Tatsache, dass die Preise im Jahre 1930, also nach der viel besprochenen

7%igen Preissenkung, weit über den Preisen von 1926/27 liegen. Die Rationalisierung der seit 1926 in den Deutschen Linoleumwerken zusammengeschlossenen deutschen Linoleumfabriken hat also trotz Absinkens der Hauptrohstoffpreise, trotz Einschränkung der Sorten und Muster, trotz Verbesserung der technischen Anlagen und ihrer Ausnutzungsmöglichkeiten, trotz Stilllegung der Werke Hansa in Delmenhorst und Cöpenick, trotz erheblichen Arbeiter- und Personalabbaus dazu geführt, dass heute das Baulinoleum für den Verbraucher fast 100 % teurer ist als vor dem Kriege und etwa 20 % teurer als 1926/27 kurz nach der Fusion der Werke. Das ist also das Ergebnis der grossperscherischen Verlautbarungen der Verwaltung in den Jahren 1926 und 1927, dass durch den Zusammenschluss eine weitgehende Verbilligung des Artikels Linoleum eintrete. Selbstverständlich ist eine Verbilligung der Fabrikation eingetreten. Die Werke können heute Baulinoleum zu 2,80 bis 2,90 Mark pro qm herstellen. Wenn man dieses zum Vorkriegspreis von 3,20 bis 3,40 Mark an die Händler verkaufen würde, so verbleibt der Industrie auch ein angemessener Nutzen. Der Fabrikpreis von 5,40 Mark muss heute, trotz der Umsatzrebate, als unberechtigt hoch bezeichnet werden.

Die Verwaltung des Linoleumkonzernes behauptet aber, eine weitere Verbilligung als die kürzlich erfolgte um 7 % sei nicht möglich. Leider hat sie dafür ihre Gründe. Diese Gründe liegen aber, wir unterstreichen das, weder in der Fabrikation noch bei den sogenannten hohen Löhnen. Diese Gründe sind in der überstürzten und nicht immer glücklichen Expansion der Continentalen Linoleumwerke zu suchen. Die Continentalen Linoleumwerke haben u.a. die Schweizer Fabrik in Giubiasco erworben. Sie wurde zu hoch bezahlt, denn man kaufte mit ihr ein sanierungsbedürftiges Werk. Das holländische Werk Krommenie, an sich vorzüglich fundiert, wurde durch Aufnahme von Schulden erworben. Auch an der französischen Fabrik Sarlino, die in ihrer Kapazität für den französischen Markt viel zu gross ist, wird der Linoleumkonzern in Zukunft wahrscheinlich noch viel mehr Geld verlieren als bisher. Es ergibt sich also folgendes: Die vielen Millionen für die Verzinsung der Anleihen, für die 15 % Dividende (ebenfalls überhöht), für die riesigen Tantiemen einer bestimmten Verwaltungsgruppe, für die Mindererträge der ausländischen Werke der Continentalen Linoleum Union, für die verlustreichen Fehlinvestitionen bei der Sarlino u.a. müssen verdient werden und zwar von dem "Kronjuwel" der Continentalen Union, den Deutschen Linoleumwerken. Also: für ausländische Fabriken und einige Verwaltungsmitglieder, die ausser an den deutschen Werken an den ausländischen interessiert sind, muss in Deutschland "noch und noch" durch überteuerte Preise verdient werden. Die deutsche Verbraucherschaft einschliesslich der Behörden und Händler müssen für ganz bestimmte Zwecke "bluten".

Das Sprüchlein unserer Unternehmer von den hohen Löhnen erscheint geradezu grotesk, wenn man einmal hinter die Kulissen sieht. Wir sind überzeugt, dass sich die deutsche Verbraucherschaft ein solches Spiel, das nicht nur beim Linoleumtrust gespielt wird, nicht gefallen lassen wird. Es ist höchste Zeit, dass das Reichswirtschaftsministerium eingreift. Bis jetzt hat die Reichsregierung ihr Versprechen, eine durchgreifende Preissenkung für Linoleum bis zum letzten Verbraucher durchzusetzen, noch nicht erfüllt. Es wird sogar behauptet, dass die Aufhebung des berüchtigten Preisschutzes (den die Linoleumwerke durch die ihr nahestehende Linoleumwirtschaftsstelle bisher ausübte und der heute noch, wenn auch in gemilderter Form, durch die örtlichen Händlerverbände ausübt wird) nur deshalb erfolgte, um vor der Regierung eine Verbeugung zu machen und sie über den wahren Sachverhalt zu täuschen.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung stellte vor einiger Zeit fest, dass die tatsächlich gezahlten Löhne in der deutschen Industrie unter Druck der Krise auf den Tarifstand zurückgeführt worden sind, d.h. mit anderen Worten: im Rahmen der Krise ist ein ganz erheblicher Lohnabbau erfolgt. Ueber das Ausmass dieses Lohnabbaus liegen keine Angaben vor. Die breite Oeffentlichkeit, die man jeden Tag mit Argumenten für die Notwendigkeit eines Lohnabbaus überschüttet, ist über diesen Lohnabbau kaum unterrichtet.

Nun hat das Reichsstatistische Amt im September 1927 eine Erhebung über die tatsächlich gezahlten Textilarbeiterlöhne veröffentlicht. Ihr folgten Erhebungen über die tatsächlich gezahlten Löhne bei den Metall- und Holzarbeitern und bei den Buchdruckern, Seitdem scheinen diese Erhebungen eingestellt worden zu sein. Wenigstens ist uns keine weitere zu Gesicht gekommen, obwohl es sehr interessant wäre festzustellen, wie sich z.B. die gegenwärtig gezahlten Löhne in der Textilindustrie gegenüber der Hochkonjunktur von 1927 verändert haben. Es ergibt sich also die eigenartig anmutende Tatsache, dass in einer Zeit der Hochkonjunktur, wo naturgemäss die tatsächlich gezahlten Löhne hoch lagen, Erhebungen angestellt wurden, während in der Zeit der Depression, wo die tatsächlich gezahlten Löhne niedrig liegen, diese Erhebungen eingestellt werden.

Auf jeden Fall ist das Reichsstatistische Amt der Oeffentlichkeit eine Antwort darüber schuldig, aus welchem Grunde man die Erhebungen nicht mehr fortsetzt. Bei diesen Erhebungen ist das Reichsstatistische Amt auf die Angaben der Betriebsverwaltungen angewiesen. Sollten sich hier Schwierigkeiten ergeben haben?

SPD. In Köln wurde unter der Firma Aedilitas Aktiengesellschaft für industrielle und öffentliche Unternehmungen eine Gesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet. Die Gesellschaft bezweckt die Vermittlung, Durchführung und Finanzierung aller Arbeiten und Lieferungen, insbesondere für kommunale und andere Selbstverwaltungskörperschaften. Interessant ist, wie sich der Aufsichtsrat dieser neuen Gesellschaft zusammensetzt. Ihm gehören u.a. an: Alfred Freiherr von Oppenheim, Bankherr in Firma Salomon Oppenheim jr. und Co. in Köln, Laurent-Paris, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dillinger Hüttenwerke A.G. in Dillingen, Kurt Boecking, Industrieller, Mitglied des Aufsichtsrats der Dillinger Hüttenwerke, Maurice Boistel, Generaldirektor der Halberger Hütte, Dr. Arnold Burghartz in Aachen, stellvertretender Vorsitzender des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Carolus Magnus bei Aachen, René Dobliz, Generaldirektor der Allgemeinen Elässischen Bankgesellschaft in Strassburg, René Lemaigre Dubreuil, Bankier in Paris und schliesslich Dr. Paul Silverberg, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinischen Braunkohlenindustrie in Köln.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (124-1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 20. bis 25. Oktober 1930 auf 97,4 gegenüber 93,9 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 94,0 (90,8), Gruppe Vorarbeitende Industrie auf 86,2 (82,2) und Gruppe Handel und Verkehr auf 119,8 (116,8).

SPD. Nachdem die Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte in Kraft getreten ist, hat die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, das der vorige Reichstag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen hatte, eine Verordnung für Senkung von Kapitalverkehrssteuern ausgearbeitet, die nach Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses in Kraft gesetzt werden kann. Der Verordnung bezweckt zunächst das Steuermildernsgesetz, das Steuererleichterungen für Fusionen und Sanierungen vorsah und das am Ende des vorigen Monats abgelaufen ist, mit einigen unwesentlichen Änderungen zu verlängern. Darüber hinaus werden in der Verordnung auch die normalen Sätze der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuer herabgesetzt und zwar die Sätze der Gesellschaftssteuer (die bei der Ausgabe von Aktien zu entrichten ist) von 4 auf 2 % und die Sätze der Wertpapiersteuer (die bei der Ausgabe von Industrieobligationen zu entrichten ist) von 2 auf 1 %. Die Regierung hofft zwar, dass die Durchführung dieser Verordnung die Kapitalbeschaffung für Aktiengesellschaften erleichtert, aber auf der anderen Seite würde ein erheblicher Steuerausfall entstehen, da die Verordnung über die bisherigen Steuersenkungen bei Fusionen und Sanierungen weit hinausgeht. Ist die heutige Finanzsituation wirklich so günstig, dass man sich eine so grosszügige Steuersenkung leisten zu können glaubt?

SPD. Der Reichswirtschaftsminister hat auf Grund der Notverordnung die vom Hauptverein deutscher Tapetenhändler und vom Verband deutscher Tapetenfabrikanten in Berlin vorgeschriebene Preisbindung für nichtig erklärt und die Anwendung der dem Preisschutz dienenden Geschäftsbedingungen für die Zukunft untersagt. Dem Hauptverein deutscher Tapetenhändler ist weiter die Verpflichtung auferlegt worden, etwaige Preisbeschlüsse dem Reichswirtschaftsminister vor ihrem Inkrafttreten vorzulegen.

Das Reichswirtschaftsministerium folgt damit den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats, der auf Grund einer eingehenden Erhebung zu dem Schluss gekommen ist, dass die Massnahmen der beiden genannten Verbände zu volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Verbraucherpreisen geführt und die Wirtschaftlichkeit der Verteilung von Erzeugnissen der Tapetenindustrie erheblich beeinträchtigt haben.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Die Rinderpreise konnten ihren Aufstieg, der am letzten Markt zu beobachten war, am Dienstag nicht fortsetzen, da das Angebot zu reichlich war. Dagegen zeigte der Schweinemarkt bei geringerem Auftrieb feste Tendenz. Auf geringeren Auftrieb ist auch die Preissteigerung auf dem Kälbermarkt und dem Hammelmarkt zurückzuführen.

Ämtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 40-46 (voriger Markt 40-48), b) 30-37 (32-38), c) 26-29 (27-30), d) 20-25 (22-26). Kälber: a) - (-), b) 78-88 (70-84), c) 70 - 85 (66-80), d) 45-65 (42-62). Schweine: a) (über 300 Pfund) 59-61 (58-60), b) (240-300 Pfd.) 60-62 (58-60), c) (200-240 Pfd.) 59-62 (58-60), d) (160-200 Pfd.) 57-60 (56-59), e) (120-160 Pfd.) 54 - 57 (53-55), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 54 - 55 (53).

Behauptet.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Okt.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte am Dienstag sich zunächst die feste Stimmung des Vortages nicht voll behaupten. Am Markte der Zeitgeschäfte eröffnete Weizen um etwa 1 bis 2 Mark niedriger, jedoch trat im weiteren Verlauf der Börse wieder eine merkliche Befestigung ein, sodass schliesslich die anfänglichen Verluste wieder voll ausgeglichen werden konnten. Am Lokomarkt herrschte von vornherein gute Kauflust seitens der Mühlen, der nur ein kleines Angebot gegenüberstand. Auch hier konnten die Preise um 1 bis 2 Mark anziehen. Roggen wurde von der Weizenbewegung mitgezogen und hatte gut stetige Tendenz. Das Angebot war mässig, sodass bei normaler Kauflust unveränderte Preise erzielt wurden. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Preisveränderungen nur geringfügig. Mehl hatte am Vortage nachmittags noch sehr lebhaftes Geschäft und war heute wieder recht ruhig. Teilweise waren die Forderungen der Mühlen um 25 Pfennig ermässigt. Hafer hatte nur kleines Geschäft, jedoch war die Stimmung stetig.

	27. Okt.	28. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	228 - 230	228 - 230
Roggen	148 - 150	148 - 150
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industrierogerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 152	141 - 152
Weizenmehl	27,50 - 36,25	27,50 - 36,00
Roggenmehl	23,65 - 26,75	23,50 - 26,75
Weizenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75
Roggenkleie	6,75 - 7,25	6,75 - 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 238 - 242 Geld, Dezember 248 - 251, März 266½ - 269. Roggen Oktober 163, Dezember 169-170, März 186½ - 188. Hafer Oktober -, Dezember 157 und Geld, März -.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 28. Okt.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	R//	0,70 - 0,90
" Weizenstroh	R//	0,60 - 0,70
" Haferstroh	R//	0,70 - 0,85
" Gerstenstroh	R//	0,65 - 0,80
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	R//	0,80 - 1,05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	R//	0,75 - 0,95
" Weizenstroh	R//	0,70 - 0,80
Häcksel	Tendenz still R//	1,50 - 1,65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	1. Schnitt R//	1,50 - 1,80
	2. Schnitt R//	1,20 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	1. Schnitt R//	2,05 - 2,25
	2. Schnitt R//	1,65 - 2,--
Luzerne, lose	R//	2,90 - 3,30
Thymothee, lose	R//	2,90 - 3,20
Kleeheu, lose	2. Schnitt R//	2,60 - 3,--
Mielitz=Heu, lose (Warthe)	R//	1,65 - 1,85
" " (Havel)	R//	1,20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu	Tendenz ruhig R//	0,40 über Notiz

SPD. Auf Betreiben der Reichsbank ist für Ostpreussen ein Zinserleichterungsabkommen getroffen worden, das zunächst für die Dauer eines halben Jahres laufen und das nicht nur für die Sparkassen und Genossenschaften, sondern auch für die Privatbanken gelten soll. Danach soll die Vergütung für Einlagen bei den Sparkassen $5\frac{1}{2}$ % betragen. Dieser Satz gilt auch für die Privatbanken. Für die Genossenschaften wird eine Ausnahme dadurch geschaffen, dass sie diesen Satz um $\frac{1}{2}$ und, wo ehrenamtliche Verwaltung vorliegt, $\frac{3}{4}$ % überschreiten dürfen. Die Debitsätze werden auf 10 % festgesetzt. Eine Kreditprovision soll nicht berechnet werden, dagegen ist die Berechnung einer angemessenen Umsatzprovision und eine Ueberziehungsprovision, aus sogenannten erzieherlichen Gründen, vorgesehen.

SPD. Die Reichsregierung wird dem Reichsrat den Entwurf des neuen Etats bereits so frühzeitig zuleiten, dass sich der Reichsrat bereits am Sonnabend in einer Vorbesprechung mit ihm beschäftigen wird. Dagegen sind die Vorlagen auf Grund des Regierungsprogramms, 15 bis 20 an der Zahl, in dem Ministerium bis jetzt noch nicht endgültig fertiggestellt. Die Kabinettsitzung am Dienstag beschäftigte sich u.a. mit der Verbilligung des Kleinwohnungsbaus und der Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Dem Kabinett lagen hier Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums vor. Die Besprechungen werden am Donnerstag fortgesetzt. Die Fertigstellung der Vorlagen ist naturgemäss stark an dem Ergebnis der Finanzbesprechungen mit den Ländern gebunden. Am Freitag werden Verhandlungen zwischen dem Reich und den Hansastädten stattfinden. Als Abschluss erfolgen dann am Sonnabend Besprechungen mit der sächsischen Regierung.

SPD. Die ersten Brauereibilanzen für 1929/30, die den grossen Reigen der Brauereiabschlüsse einleiten, lassen vermuten, dass die Brauindustrie an der alten Rekorddividende festhalten wird. Jetzt liegt der Abschluss einer Rostocker Brauerei, der Mahn & Ohlrich A.G. vor. Das Unternehmen schüttet wie im Vorjahr 10 % aus, ohne dass man sich anscheinend hinsichtlich der Bildung von stillen Reserven Zwang auferlegen musste. Die Abschreibungen wurden sogar von 253 000 Mark im Vorjahr auf 268 000 Mark erhöht. Auch der Reingewinn wird mit 365 000 Mark um 2 000 Mark höher als im Vorjahr ausgewiesen. Der Absatz hält sich auf der Höhe des Vorjahres. Dazu wird mitgeteilt, dass nach einem Mehrabsatz in den ersten 7 Monaten des Geschäftsjahrs, infolge der höheren Biersteuer in den restlichen 5 Monaten ein Mehrabsatz nicht erzielt werden konnte. Die Auslegungen des Unternehmens müssen dahin korrigiert werden, dass gerade die restlichen 5 Monate klimatisch den Biergenuss allgemein nicht begünstigten. Berücksichtigt wird auch nicht der Sturz der Rohmaterialpreise, die dem Unternehmen immerhin erkleckliche Gewinne eingebracht haben müssen.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 28. Okt.: I. 142 Mark, II. 130 Mark, III. 114 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.
